

# Für eine volle Teilhabe am Leben

Die Landesgesundheitskonferenz tritt für eine bessere Gesundheitsversorgung von Menschen mit Behinderungen ein.

von **Ulrich Langenberg**  
und **Susanne Schwalen**

**M**illionen Menschen in NRW sind betroffen: Nach dem NRW-Sozialbericht von 2012 weist mehr als jeder siebte Bürger im bevölkerungsreichsten Bundesland eine andauernde gesundheitliche Beeinträchtigung beziehungsweise Behinderung auf. Auch wenn bei einem Teil davon die Behinderung nicht „amtlich“ festgestellt ist: Die Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen (UN) stellt klar, dass diese rund 2,5 Millionen Menschen als Menschen mit Behinderungen anzusehen sind.

## Auch eine Frage der Haltung

Die UN-Konvention – seit 2009 ist sie auch in Deutschland geltendes Recht – hat nicht nur den Blick für die große Zahl der Betroffenen geschärft. Noch wichtiger ist ein Perspektivwechsel: An die Stelle der Fokussierung auf die Beeinträchtigungen der betroffenen Menschen soll die Auseinandersetzung mit den vielfältigen „Barrieren“ treten, die Menschen mit Behinderungen an der vollen und gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft hindern.

Wie sieht es mit solchen „Barrieren“ im Gesundheitswesen aus? Bei dieser Frage stand in der Vergangenheit häufig der barrierefreie räumliche Zugang im Vordergrund. Hier ist in den vergangenen Jahren einiges in Gang gekommen. So hat sich die Zahl der uneingeschränkt barrierefreien Arztpraxen in Nordrhein in den vergangenen fünf Jahren fast verdoppelt. Bis zur vollständigen räumlichen Barrierefreiheit aller Einrichtungen des Gesundheitswesens ist gleichwohl noch ein Weg zurückzulegen. Wahr ist aber auch: Wer die gesundheitliche Versorgung von Menschen mit Behinderungen umfassend verbessern will, darf die Frage von Barrieren nicht auf Baumaßnahmen und rollstuhlgerechte Zugänge beschränken.

Denn häufig sind andere, „unsichtbare“ Barrieren noch ausschlaggebender: Die zahllosen Schnittstellen der Sozialsysteme, die Brüche im Versorgungsablauf von „stationär“ nach „ambulant“, bürokratische Zugangshürden und Informationsdefizite. Nicht zuletzt ist auch die Frage nach den „Barrieren in den Köpfen“ immer wieder neu zu stellen. Denn ein barrierefreies Gesundheitswesen ist auch eine Frage der professionellen Haltung aller, die im Gesundheitswesen tätig sind.

Dieser umfassenden Definition von Barrieren entspricht die Vielfalt der Handlungsempfehlungen, die die Landesgesundheitskonferenz NRW nun im Sinne von Selbstverpflichtungen verabschiedet hat. Die Themenpalette reicht von der Frage eines gleichberechtigten, wohnortnahen Zugangs über die Schaffung geeigneter Versorgungsstrukturen und die Beseitigung von Schnittstellenproblemen bis hin zu Nutzerorientierung, Selbstbestimmung und Partizipation. Schwerpunkte setzt die Entschleunigung außerdem beim Ausbau von Gesundheitsförderung und Prävention. Dazu haben Ärztekammern und Krankenkassen verabredet, in einem gemeinsamen Projekt nach Ursachen für die zu geringe Inanspruchnahme von Früherkennungsuntersuchungen bei Erwachsenen mit geistiger Behinderung zu suchen, um dann Zugangshürden gezielt abzubauen. Dabei sollen die Einrichtungen der Behindertenhilfe ausdrücklich einbezogen werden.

Ein weiteres wesentliches Handlungsfeld für die Ärztekammer Nordrhein liegt im Bereich der Weiter- und Fortbildung: Die Frage nach den Kompetenzen für die Versorgung von Menschen mit Behinde-

rungen wird in die Diskussion um eine Novellierung der Weiterbildungsordnung auf Ebene der Bundesärztekammer einzubringen sein. Daneben stehen spezielle Fortbildungsangebote, die Ärztinnen und Ärzte bei den komplexen Versorgungsanforderungen und in der berufsgruppenübergreifenden Kooperation stärken.

## Viele kleine Schritte

Bereits im vergangenen Jahr hat die Kammer entsprechende Schwerpunkte gesetzt, zum Beispiel mit einem Kolloquium zur Versorgung von Menschen mit geistigen Behinderungen und mit einem gemeinsam mit der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein durchgeführten zweitägigen Symposium zur medizinischen Versorgungssituation Conterganbetroffener (*Dokumentationen auf [www.aekno.de](http://www.aekno.de)*). In diesem Jahr werden weitere Veranstaltungen und Fortbildungsangebote, auch während des Norderney-Kongresses, folgen. Außerdem unterstützt die Kammer die „Special Olympics Deutschland“ für Sportler mit geistiger Behinderung im Mai 2014 in Düsseldorf.

Alle Aktivitäten werden nur kleine Schritte auf dem Weg zur „vollen, wirksamen und gleichberechtigten Teilhabe“ von Menschen mit Behinderungen sein können, wie die UN-Behindertenrechtskonvention sie einfordert. Diese Herausforderung weist weit über das Gesundheitswesen hinaus. So erinnerte Rudolf Henke, Präsident der Ärztekammer Nordrhein, in der Aussprache der Landesgesundheitskonferenz daran, dass auch heute noch die Entscheidung einer Familie für das Leben mit einem Kind mit Behinderung eine Entscheidung für erhebliche finanzielle Einbußen bis hin zur materiellen Armut bedeuten kann. Er begrüßte deswegen, dass sich die Landesgesundheitskonferenz im kommenden Jahr schwerpunktmäßig den Problemen von Menschen mit Behinderungen in prekären Lebenssituationen widmen wird.

## Forum für landesweite Kooperationen

Die Landesgesundheitskonferenz NRW dient der partnerschaftlichen Abstimmung zwischen allen gesundheitspolitischen Akteuren im Land. Mitglieder sind unter anderem die Heilberufskammern (wie die Ärztekammern), die Kassen(zahn)ärztlichen Vereinigungen, die Krankenkassenverbände, die Krankenhausgesellschaft, Selbsthilfe- und Patientenvertretungen und die Freie Wohlfahrtspflege. Den Vorsitz hat das Landesgesundheitsministerium. <http://www.mgepa.nrw.de/gesundheit/landesgesundheitskonferenz>

**Ulrich Langenberg** ist Geschäftsführender Arzt der Ärztekammer Nordrhein. Er leitet das Ressort Allgemeine Fragen der Gesundheits-, Sozial- und Berufspolitik. **Professor Dr. Susanne Schwalen** ist Geschäftsführende Ärztin der Ärztekammer Nordrhein. Sie leitet das Ressort Medizinische Grundsatzfragen.